

Joachim Krause:

Auf der Suche nach einer Grand Strategy

Die deutsche Sicherheitspolitik seit der Wiedervereinigung

Internationale Politik, Jg. 60, Nr. 8 (August 2005), S. 16–25

Joachim Krause zieht in diesem Artikel Bilanz über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik der letzten 15 Jahre und gibt neben herber Kritik auch einige nützliche Empfehlungen. Die Bilanz ist dahingehend negativ, dass Deutschlands Verhältnis zu den USA nachhaltig zerrütet und die europäische Einigung gefährdet ist sowie dass das Bestreben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu einem Fiasko werden könnte.

Eine Grand Strategy ist eine Richtungsgebung der Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf die internationalen Probleme und Gefährdungen sowie auf deren Lösungen und Antworten – alleine oder gemeinsam, politisch oder militärisch – konzentriert. Vor allem nach dem Fall der Mauer ist es Deutschland schwer gefallen, eine solche zu finden, da man damals nichts falsch machen wollte. Die Hauptelemente der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wurden daher erstens die Stärkung des Prozesses der europäischen Integration, zweitens das Festhalten an der engen transatlantischen Beziehung zu den USA und drittens die Betonung der Bedeutung multilateraler Kooperationen als Rahmen für die deutsche Politik. Der vierte Punkt, nämlich Überlegungen zum Umgang mit den neuen Gefahren, blieb ein Stiefkind und wurde erst durch die rot-grüne Koalition belebt.

Die Kritik Krauses an der deutschen Politik gliedert sich gemäß diesen vier Punkten: Zu den Schwierigkeiten in der EU hat Deutschland nicht wenig beigetragen, da es zuviel zu schnell verlangt und sich damit das Misstrauen und die Angst der Bürger eingehandelt hat. Zudem kommt, dass durch viele strittige Themen sehr viele Ablehnungskonkationen gebildet wurden. Hier möge Europa sich etwas bescheidener geben und vom Wettstreit mit den USA zurücktreten, wobei im Raum steht, ob dies wirklich möglich ist. Bei diesem zweiten Punkt ist der Schaden offenkundig, der andererseits jedoch durch ein weniger konfrontatives mediales Auf-

treten verhindert oder verringert hätte werden können. Diese Meinungsverschiedenheit hätte hinter die geschlossenen Türen der NATO gehört, wobei anzumerken ist, dass dadurch wieder die viel beschworene transparente Politik verloren gegangen wäre.

Drittens seien die Mängel des multilateralen Ansatzes besonders in den neunziger Jahren zu Tage getreten. Krause zeigt sich enttäuscht über die Unfähigkeit des UN-Sicherheitsrates, der in den letzten 15 Jahren keinen Völkermord verhindern konnte. Trotzdem sei dieses System der kollektiven Sicherheit nicht nutzlos. Erstaunlicherweise habe man in Deutschland diese Entwicklungen nicht wahrgenommen. Eine Antwort auf die Frage, wieso dies nicht wahrgenommen wurde, bleibt Krause aber schuldig.

Wie erwähnt hat die rot-grüne Regierung bei Punkt vier Fortschritte gemacht, angefangen bei der Bundeswehrreform über den Einsatz der Bundeswehr im Ausland bis hin zur Vorgabe einer politischen Richtlinie, die weniger auf eine direkte Bedrohung, sondern eher auf Risiken wie Terrorismus und religiöse Konflikte eingehen soll.

Die Anforderungen an eine deutsche Grand Strategy seien breit gefächert: Deutschland muss sich stärker der Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus stellen. Ebenso sollte das Regime zum Verbot der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stärker gestützt werden. Es werden auch neue Konzepte für Nation Building gesucht. Ein weiterer Schwerpunkt wird bei der Energiesicherheit liegen müssen, denn China könnte bei weiter steigenden Erdölpreisen und Energieknappheit versucht sein, seine Energieprobleme mit geopolitischen Maßnahmen zu lösen, was wiederum neue Konflikte hervorrufen würde. Deutschland möge statt auf Belehrungen auf einen parteiübergreifenden Konsens auch mit den USA setzen. Zudem plädiert Krause für die Überwindung der Trennung von Entwicklungshilfe und Sicherheitspolitik sowie für die Stärkung der NATO. Ebenso sollte Deutschland nicht mehr auf einen ständigen UN-Sicherheitsratsitz beharren.

Krauses Kritikpunkte sind durchaus berechtigt, allerdings scheint er dabei manchmal die Außenpolitik zu stark von der Innenpolitik losgelöst zu sehen.

Nieves-Erzsébet Kautny